

STREIK Zehntausende von Flugpassagieren sassen gestern wegen des Streiks zweier Lufthansa-Töchter fest. Seite 11

WIRTSCHAFT

PROZESS Die Verantwortlichen des grössten Pensionskassendebakels in der Schweiz sind freigesprochen worden. Seite 11

«Die Chance für eine Einigung besteht»

Zweckoptimismus bezüglich der aktuellen **WTO-Verhandlungen in Genf** bei Gregor Kündig von Economiesuisse

Landwirtschaft gegen Industrie und Dienstleistungen: Das ist der Streitpunkt bei den WTO-Verhandlungen in Genf. Die Bauern haben diese Woche gegen den vorgeschlagenen Zollabbau protestiert. Gregor Kündig vom Wirtschaftsdachverband Economiesuisse zeigt sich aber unbeeindruckt.

INTERVIEW: HANS GALLI

«**BUND**»: Die Bauern wollen kein Bauernopfer für den Freihandel sein: Haben Sie Verständnis für diese Forderung der Bauern, welche sie der WTO in Genf überreicht haben?
GREGOR KÜNDIG: Es ist verständlich, dass die Bauern sich in Genf für ihre Anliegen einsetzen. In der aktuellen Verhandlungsrunde wird dem Agrardossier verglichen mit seiner volkswirtschaftlichen Bedeutung jedoch ein zu grosser Stellenwert beigemessen. Die Interessen des Industrie- und Dienstleistungssektors, wo in der Schweiz über 95 Prozent der Erwerbstätigen beschäftigt sind und über 95 Prozent der Bruttowertschöpfung erzielt wird, dürfen nicht aus Rücksichtnahme auf die Schweizer Landwirtschaft vernachlässigt werden.

Der Schweizerische Bauernverband ist in Genf nicht allein, sondern zusammen mit Bauernvertretern aus mehreren Ländern mit ähnlicher Ausgangslage aufgetreten. Die Interessen der Landwirtschaft sind aber bei Weitem nicht überall die gleichen: Bauern in Schwellenländern fordern beispielsweise einen besseren Zugang zu den heute stark abgeschotteten Märkten in Europa oder den USA. Ausgeblendet wird auch, dass Bereiche der Schweizer Landwirtschaft von einer Öffnung der Grenzen beispielsweise für Futtermittel profitieren würden.

Kann die Liberalisierung der Landwirtschaft zur Lösung der gegenwärtigen Nahrungsmittelkrise beitragen?

Die Gründe der aktuellen Nahrungsmittelkrise sind vielfältig, unter anderem ist es gerade der Agrarprotektionismus, der den grenzüberschreitenden Ausgleich verhindert. Die hohen Zölle und vor allem Subventionen haben über die Jahre zu einer ineffizienten Ressourcenallokation geführt – die Folgen widerspiegeln sich nun auch im Preisanstieg und der Knappheit von



Mitglieder der **Organisation Oxfam** parodieren das Pokern der WTO-Delegationen in Genf.

SAVATORE DI NOLFI/KEYSTONE

Nahrungsmitteln. Der Abbau von protektionistischen Massnahmen im Agrarbereich kann einen Teil der Lösung darstellen.

Kann es sich die Schweiz leisten, dass 30 Prozent ihrer Bauern den Beruf aufgeben müssen?

Die Schweizer Landwirtschaft ist im weltweiten Vergleich eine der am stärksten geschützten. Der internationale Druck nimmt zu und Konzessionen der Industriestaaten im Agrarbereich dürften unumgänglich werden. Die von Ihnen genannte Zahl beruht auf Schätzungen. Tatsache ist, dass die Schweizer Bauern qualitativ hochstehende Produkte herstellen. Diese heben sich von Massenwaren ab. Sie sind vermutlich im Ausland wettbewerbsfähiger, als viele annehmen.

Economiesuisse fordert die Schweizer Delegation auf, sich in den WTO-Verhandlungen für die «Offensivinteressen» der Schweizer Wirtschaft einzusetzen. Was ist mit Offensivinteressen gemeint?

Die Schweizer Wirtschaft ist stark exportorientiert, jeder zweite Franken wird im Ausland verdient. Von den Verhandlungen erwarten wir einen Abbau von Zöllen und nichttarifären Handelshemmnissen, da-

mit der Marktzugang in OECD- und Schwellenländern verbessert wird. Dabei sollten möglichst wenige Bereiche durch Flexibilitäten von einer Liberalisierung ausgenommen werden. Parallel dazu setzen wir uns für Nullzollabkommen in einzelnen Industriesektoren ein. Aber auch für Dienstleistungen muss der

gegenseitige Marktzugang deutlich verbessert werden.

Welche Branchen sind am meisten auf den Durchbruch angewiesen?

Generell die gesamte Exportwirtschaft, aber auch die Konsumenten würden profitieren. Heute sehen sich insbesondere Unternehmen der Maschinen-, der che-

misch-pharmazeutischen oder der Uhrenindustrie beim Export in Wachstumsmärkte mit hohen Zöllen konfrontiert. Der Durchschnitt der gebundenen Zölle bei Industriegütern beträgt in Brasilien rund 30 Prozent, in Indien knapp 35 Prozent. In der Schweiz liegt der Durchschnitt bei 2,6 Prozent. Ausserdem können unterschiedliche Vorschriften, Lizenzen oder Verzögerungen beim Grenzübertritt den Handel behindern. Diese gilt es ebenfalls abzubauen.

Wie ist es in anderen Branchen?

Im Dienstleistungsbereich würden unter anderem der Finanz-, Transport- und Logistiksektor, «Business Services» oder der Tourismus von einem verbesserten Marktzugang profitieren.

Wel die 2001 lancierte Doha-Runde der WTO nicht vom Fleck gekommen ist, haben viele Länder Freihandelsabkommen untereinander abgeschlossen. Sind Freihandelsabkommen taugliche Mittel?

Freihandelsabkommen sind ein gutes Mittel, um auf bilateraler Ebene Hindernisse, die den Wirtschaftsaustausch einschränken, effektiv abzubauen. Die Schweiz respektive die Efta nimmt hier eine aktive Rolle ein, wie Economiesuisse

unterstützt. Der multilaterale Weg im Rahmen der WTO wäre aber die bessere Option. Freihandelsabkommen sind deshalb als wichtige Ergänzung und nicht als Ersatz für die WTO zu verstehen.

Bundesrätin Doris Leuthard hat kürzlich in Moskau Gespräche über ein Freihandelsabkommen Schweiz/Russland eingeleitet. Russland wird demnächst der WTO beitreten – ist da ein Freihandelsabkommen überhaupt noch nötig?

Auf jeden Fall. Ein Vorteil von Freihandelsabkommen liegt darin, dass die Parteien die Möglichkeit haben, weiter zu gehen als in der WTO. Nicht nur bezüglich Tiefe, sondern auch bezüglich Breite. Ein Freihandelsabkommen sollte möglichst umfassend sein und neben dem Waren- und Dienstleistungshandel auch das öffentliche Beschaffungswesen, Wettbewerbsfragen, geistiges Eigentum, Handels erleichterungen und Investitionen einschliessen.

Wie zuversichtlich sind Sie, dass die in Genf stattfindende WTO-Konferenz mit einem Erfolg endet?

Die Verhandlungintensität hat in den letzten Monaten zugenommen. Die Chance für eine Einigung über die Modalitäten besteht und sollte gepackt werden. Der Grat zwischen Erfolg und Scheitern ist jedoch schmal, der Ausgang der Verhandlungen zum jetzigen Zeitpunkt offen. Klar ist, dass eine konstruktive Haltung aller Akteure für den erhofften Durchbruch notwendig ist.

Was passiert, wenn sie ein Misserfolg wird – ist die Doha-Runde dann definitiv gescheitert?

Nein. Bei einem Misserfolg besteht aber die Gefahr, dass sich der Abschluss der Doha-Runde um Jahre verzögert. Für die Weltwirtschaft wäre dies eine verpasste Chance. Die Handlungsfähigkeit und Glaubwürdigkeit der WTO würde dadurch geschwächt.

GREGOR KÜNDIG



Gregor Kündig ist Verantwortlicher für Aussenwirtschaftsfragen bei Economiesuisse, dem Dachverband der Schweizer Wirtschaft. Von 1997 bis 2000 war er Delegierter von Economiesuisse in Brüssel. Kündig hat den Abschluss der bilateralen Verträge mit der EU von Seiten der Wirtschaft begleitet.

Gespräche stecken fest

Die WTO-Verhandlungen in Genf stecken fest. Während die Entwicklungsländer von der EU und den USA weitere Konzessionen fordern, schliesst die EU ein neues Angebot im Agrardossier aus. Die EU sei den Entwicklungsländern bereits vor dem Ministertreffen genug entgegengekommen mit dem Vorschlag, die Agrarzölle um durchschnittlich 54 Prozent zu senken, sagte gestern die französische Handelsministerin Anne-Marie Idrac.

Die Entwicklungsländer äussern sich dagegen unzufrieden. Der indische Handelsminister Kamal Nath sagte, er wolle «deutlich mehr auf dem Tisch sehen», und Brasiliens Aussenminister Celso Amorim bezeichne-

te die Zugeständnisse der USA als unzureichend. Indien, Brasilien und Mexiko sind die Anführer einer Reihe von Schwellen- und Entwicklungsländern. Von ihnen dürfte es abhängen, ob die Verhandlungen in dieser Woche so weit kommen, dass die Doha-Runde noch 2008 abgeschlossen werden kann.

Die gleiche Sichtweise vertritt die Entwicklungsorganisation Oxfam. Sie inszenierte die Verhandlungen gestern als «Pokerspiel» zwischen Entwicklungsländern und reichen Industrieländern (siehe Bild). Am Rande der Konferenz wurde der westafrikanische Inselstaat Kapverden als 153. Mitglied in die WTO aufgenommen. (sda)

KURZ

Kräftiger Gewinnssprung
VOLKSWAGEN Volkswagen hat den Gewinn im ersten Halbjahr um 31,3 Prozent auf 2,6 Mrd Euro gesteigert. Das operative Ergebnis des grössten Autobauers in Europa stieg um 21,8 Prozent auf 3,4 Mrd Euro. Als Grund nannte VW das «Feuerwerk neuer Modelle». An der Börse legte die Aktie um 5,7 Prozent zu. (ap)

Toyota fährt GM davon
AUTOMARKT Toyota hat im zweiten Quartal 2008 die Autoverkäufe um 2 Prozent auf 2,41 Mio Fahrzeuge erhöht und damit den Vorsprung vor dem jahrzehntelangen Branchenführer General Motors (GM) ausgebaut. Bei GM sanken die Verkäufe um 5 Prozent auf 2,29 Mio Wagen. Nach dem ersten Halbjahr führt Toyota mit rund 4,82 Mio Autos gegenüber 4,54 Mio bei GM. Toyota arbeitet zudem hoch profitabel. GM wird die Finanzzahlen nächste Woche vorlegen. (sda)

Mehr Präsenz in der Golfregion

Swatch festigt die Partnerschaft mit Dubais Regierungskonzern Rivoli

Der Kauf eines «wichtigen Anteils» von Rivoli sei Teil der Swatch-Strategie, auf dem schnell wachsenden Markt in der Golfregion präsent zu sein, teilte der Uhrenhersteller gestern in Biel mit. Über den Umfang der Beteiligung und den Preis macht Swatch keine Angaben.

Die Rivoli Group ist eine führende Handelsfirma für Lifestyle- und Luxusgüter in der Golfregion und betreibt über 245 Verkaufsstellen in den Vereinigten Arabischen Emiraten, Bahrain, Oman und Katar. Die Mehrheit gehört der Dubai International Capital (DIC), dem internationalen Investment-Arm der Dubai Holding. Die Holding wiederum gehört der Regierung von Dubai bzw. dem regierenden Scheich.

Rivoli importiert, vertreibt und verkauft Luxusmarken. Ihr Portfolio enthält Uhren, Schreibgeräte, Herrenkleidung, Accessoires, Geschenkartikel und Brillen. Sie vertritt Marken wie Blancpain, Omega, Longines, Dunhill und Kenzo. Die Swatch Group ist die weltweit grösste Produzentin von Fertighuhren mit 19 Marken. Die Palette reicht von der Luxusuhr Breguet bis zur Swatch im Basissegment. Swatch betreibt über 160 Fabriken in der Schweiz und erzielte letztes Jahr mit über 23 000 Mitarbeitenden 5,94 Mrd Franken Umsatz.

Mit der Investition in Rivoli festigt Swatch die seit über zwei Jahrzehnten andauernde Partnerschaft, von der nicht nur die beiden

Partner, sondern auch die Konsumenten in der Region profitierten, wird das Swatch-Group-Verwaltungsratsmitglied Nayla Hayek zitiert. Die Golfregion verfüge über ein hohes Wachstumspotenzial, das man voll ausschöpfen wolle.

Ramesh Prabhakar, geschäftsführender Rivoli-Teilhaber, zeigte sich laut Mitteilung erfreut, dass Swatch Teil der Erfolgsgeschichte von Rivoli sei. Gemeinsam werde man in neue Märkte expandieren.

Der Kurs der Swatch-Inhaberaktie stieg gestern an der Schweizer Börse kontinuierlich an und stand bei Börsenschluss mit 254 Franken 4,5 Prozent höher als am Vorabend. Die Namenaktie schloss mit Fr. 48.15 4,3 Prozent höher. (ap)

Schwächeres Wachstum und steigende Preise

US-WIRTSCHAFT Das Wachstum in den USA hat sich im Sommer abgeschwächt, wie die amerikanische Notenbank (Fed) in ihrem jüngsten Konjunkturbericht («Beige Book») gestern feststellte. Zugleich belasteten steigende Preise die Wirtschaft und die Privathaushalte, heisst es im Bericht. Fast alle der zwölf Regionalbanken der Fed meldeten eine Kaufzurückhaltung bei den Konsumenten. Die Nachfrage nach Arbeitskräften blieb schwach.

Notenbankpräsident Ben Bernanke glaubt jedoch nicht, dass es zu einer Stagflation kommt – also zu einer Mischung aus schwacher Konjunktur und hoher Inflation. Im «Beige Book» berichten die zwölf regionalen Zentralbanken der USA

achtmal im Jahr über die Wirtschaftsaktivitäten in ihrer Region.

Weg frei für Nothilfe

In den USA ist mittlerweile der Weg frei für das Nothilfepaket der Regierung für die beiden angeschlagenen Hypothekenfinanzierer Fannie Mae und Freddie Mac. Präsident Bush werde trotz seines Widerstands gegen Teile des Paketes nicht wie gedroht vom Vetorecht Gebrauch machen, sondern die Gesetze unterzeichnen, sagte gestern eine Sprecherin des Präsidialamts. Da die noch ausstehende Zustimmung des US-Repräsentantenhauses als sicher gilt, legten die Aktien der beiden Konzerne darauf um fast 20 Prozent zu. (ap/sda)